

Parlamentarischer Vorstoss. Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 335-2013
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion:
Geschäftsnummer: 2013.1574

Eingereicht am: 27.11.2013

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Blaser (Steffisburg, SP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 22

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: 488/2014 vom 02. Juni 2014
Direktion: Erziehungsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Annahme als Postulat**



Berufsbildungsfeindliche Praktikumskultur an Kindertagesstätten!

In der Antwort auf die Interpellation 021-2013 mit dem gleichen Titel hat der Regierungsrat aufgezeigt, dass für den Einstieg in die Grundbildung Fachfrauen/Fachmänner Betreuung mit Fachrichtung Kinderbetreuung in Kindertagesstätten (KITAS) lange Praktika üblich sind. Dies widerspricht der Forderung, dass der Einstieg in die Grundbildung unmittelbar im Anschluss an die Volksschule erfolgen soll.

Deshalb wird der Regierungsrat beauftragt:

Die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, dass der Einstieg in die Grundbildung Fachfrauen/Fachmänner Betreuung mit Fachrichtung Kinderbetreuung in KITAS in der Regel direkt nach Abschluss der Volksschule erfolgt.

Begründung:

In der Antwort auf die Interpellation «Berufsbildungsfeindliche Praktikumskultur an Kindertagesstätten?» hat der Regierungsrat die Frage «Wie viele absolvieren ein Praktikum von einem Jahr (a), zwei Jahren (b), mehr als zwei Jahren (c)?» wie folgt beantwortet:

- a. 2011 haben sechs Jugendliche ein Praktikum von sechs Monaten und 91 Jugendliche ein Praktikum von einem Jahr absolviert. 2012 waren es vier Jugendliche mit einem 6-monatigen Praktikum und 107 Jugendliche mit einem einjährigen Praktikum.

- b. 2011 haben acht Jugendliche ein eineinhalbjähriges Praktikum und 43 Jugendliche ein zweijähriges Praktikum absolviert.
- c. Ein mehr als zweijähriges Praktikum haben 2011 elf Personen und 2012 14 Personen durchlaufen müssen, bis sie eine Lehrstelle erhalten haben.

In der Antwort steht ebenfalls: «Der Regierungsrat wird in den nächsten Jahren die Entwicklung beobachten und falls notwendig weitere Massnahmen prüfen.» Diese passive Haltung wird nicht akzeptiert. Der Regierungsrat wird aufgefordert, dass dieser unbefriedigende Zustand unmittelbar beseitigt wird.

Antwort des Regierungsrates

Wie bereits in der Antwort auf die Interpellation 021-2013 ausgeführt, ist sich der Regierungsrat der Problematik von langjährigen Praktika im Betreuungsbereich bewusst. Deshalb ist es ihm ein Anliegen, dass die involvierten Direktionen (GEF, VOL, JGK, ERZ) sich weiterhin gemeinsam intensiv für einen Abbau der Praktika einsetzen, wie dies auf Ebene IIZ bereits geschieht. Es gilt zu beachten, dass bezüglich der privaten Kitas und den Kitas mit kantonal finanzierten Elterntarifen unterschiedliche gesetzliche Grundlagen gelten. Konkrete Massnahmen im Sinne der Motion sind deshalb sehr anspruchsvoll.

Nach wie vor steht die ERZ in regelmässiger Zusammenarbeit mit der zuständigen gesamtschweizerischen wie auch kantonalen Organisation der Arbeitswelt (OdA). Beide OdAs erachten es als ihren Auftrag, auf die Ablösung von Praktikaplätzen durch Lehrstellen hinzuwirken. Hier ist zumindest bei einzelnen Kitas eine neue Bereitschaft zu erkennen. Der Regierungsrat unterstützt grundsätzlich den Direkteinstieg von der Volksschule in die Berufsbildung oder in eine Mittelschule, wie dies der Motionär auch verlangt. Die verschiedenen Aspekte wurden in der oben erwähnten Interpellationsantwort aufgezeigt. Zusätzlich gibt es im Fall der Berufslehre zur Fachfrau/Fachmann Betreuung, Fachrichtung Kinderbetreuung, noch eine Hürde zu nehmen, welche nicht unterschätzt werden darf. So schreibt nämlich die eidgenössische Bildungsverordnung die Anzahl Fachpersonen vor, welche es zur Ausbildung der Lernenden braucht. Wenn nun Praktikaplätze durch Lehrstellen ersetzt werden, so muss auch die entsprechende Anzahl Fachpersonen vorgewiesen werden. Dies würde bedingen, dass die Kindertagesstätten mehr Fachpersonen anstellen, um eine entsprechende Anzahl Lehrstellen zu schaffen und so der Motion Folge zu leisten. Dies bedingt bei den kantonalen Kindertagesstätten eine Aufstockung des Stellenetats. In der aktuellen finanziellen Situation des Kantons sind hier enge Grenzen gesetzt. Dennoch sind die Bemühungen zum Abbau von Praktika weiterzuführen.

Seit 2012 erhalten die subventionierten Kindertagesstätten zur Förderung von Lehrstellen eine Lernendenpauschale. Eine Auswertung, inwieweit die Praktikaplätze damit reduziert werden konnten, ist infolge der zu kurzen Zeitdauer noch nicht möglich. Die betroffenen Direktionen beobachten jedoch aufmerksam die verschiedenen Kitas und prüfen auch weitere interdirektionale Massnahmen.

An den Grossen Rat